



ver.di • 10112 Berlin

Bundesministerin
der Justiz
Frau Brigitte Zypries
persönlich
Mohrenstraße 37
10117 Berlin

Mitglied des
Bundesvorstandes

Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft

Bundesverwaltung

Paula-Thiede-Ufer 10
10179 Berlin

Christian Zahn

Fachbereich Bund und Länder
Bereich Beamtinnen und Beamte
Bereich Sozialpolitik

Ressort 12

Telefon: 030/6956-0
Durchwahl: 030/6956-2100/-2102
Telefax: 030/6956-3550

Datum
Ihre Zeichen
Unsere Zeichen

16. Juli 2007

za-wn

Überwachung europäischer (einschließlich deutscher) Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte durch den italienischen militärischen Geheimdienst SISMI

Sehr geehrte Frau Ministerin,

mit Empörung haben die Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte in ver.di Kenntnis davon genommen, dass der italienische Militär-Geheimdienst (Servizio per le Informazioni e la Sicurezza Militare - SISMI) gegen mehr als 200 Richterinnen und Richter in zahlreichen europäischen Staaten, darunter offenbar auch in Deutschland, nachrichtendienstliche Mittel eingesetzt hat. Den italienischen Justizbehörden und insbesondere dem dortigen Obersten Richterrat („Consiglio Superiore della Magistratura“ - CSM) liegen Erkenntnisse vor, dass u.a. der E-Mail-Verkehr der europäischen Richterorganisation MEDEL ausspioniert worden ist.

Wir fügen eine Kopie der Entschließung des Obersten Richterrates Italiens vom 4. Juli 2007 bei, in dem sich nähere Details finden.

Zwischen 2001 und 2006 hat der italienische Geheimdienst SISMI ausweislich dieser vom CSM einstimmig gefassten Entschließung die betroffenen circa 200 Richterinnen und Richter in Italien und zwölf weiteren europäischen Ländern regelrecht beschattet, ihre Computer kontrolliert und ihnen gezielte Fehlinformationen zugespielt. Zu den 47 italienischen Opfern gehören vor allem jene Mailänder Staatsanwälte, die Verfahren gegen den Ex-Ministerpräsidenten Silvio Berlusconi eröffneten und vom SISMI-Geheimdienst als „regierungsfeindlich“ eingestuft wurden. Auf der Liste stehen auch jene zwei Staatsanwälte, die Strafverfahren gegen jenes

Sigrid Ihrig
Vorstandsreferentin
Marion Heins
Mitarbeiterin
christian.zahn@verdi.de
sigrid.ihrig@verdi.de
marion.heins@verdi.de

CIA-Kommando betreiben, dem die Verschleppung des ägyptischen Predigers Abu Omar vorgeworfen wird, sowie Staatsanwalt Antonio Ingroia, der über die Querverbindungen zwischen Mafia und Politik in Italien ermittelte.

Ferner sollen von den Bespitzelungsaktionen unter anderem der langjährige Vorsitzende von MEDEL, Edmondo Bruti Liberati, und möglicherweise auch deutsche Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte betroffen sein, die als Delegierte, als Vorstandsmitglieder oder als sonstige aktive Mitträger von MEDEL untereinander kommuniziert haben.

Sehr geehrte Frau Ministerin, ein solcher Vorgang ist in einem „gemeinsamen europäischen Rechtsraum“ nicht hinnehmbar. Die rechtswidrigen SISMI-Aktivitäten richten sich zudem offenkundig u.a. gegen Personen, deren persönliche und fachliche Integrität Ihnen vertraut ist: Deutsche Mitglieder von MEDEL sind bekanntlich die Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte in ver.di sowie die Neue Richtervereinigung. Viele der auf Bundes- und auf europäischer Ebene Aktiven der beiden Organisationen sind Ihnen persönlich bekannt. Sie stehen in enger Zusammenarbeit mit Ihrem Haus, insbesondere als Gesprächspartner und Anhörspersonen bei Gesetzgebungsvorhaben, auch als Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Ihres Hauses. Viele von ihnen waren und sind auch aktiv bei Missionen der Transformation rechtsstaatlicher Strukturen in Richtung Mittel- und Osteuropa seit 1990, sei es im Rahmen der Deutschen Stiftung für Internationale Rechtliche Zusammenarbeit, sei es im Zusammenwirken mit anderen Institutionen, wie zum Beispiel dem Europarat, bei dem MEDEL Beobachterstatus hat.

Wir bitten Sie dringend,

- zu den Vorgängen Stellung zu nehmen,
- insbesondere zu klären, welche Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte im Einzelnen in Deutschland Opfer der SISMI-Aktionen geworden sind und welche Schritte Sie zur Schadensbegrenzung beabsichtigen,
- die Angelegenheit im Rahmen der "dritten Säule" der EU zur Sprache zu bringen, und
- auf eine rückhaltlose Aufklärung sowie eine Löschung der offenkundig rechtswidrig erhobenen Daten zu dringen.

Mit freundlichen Grüßen

Christian Zahn
Mitglied des Bundesvorstandes

Anlage